

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Freitag, 19. Oktober 1934

Nr. 245

Rote Mehrheit in Oslo

Die norwegische Arbeiterpartei hat in Oslo, der Hauptstadt Norwegens, die Mehrheit erobert. Die Mandatverteilung ist nach den offiziellen Angaben folgende:

Konservative 34 (früher 39),
Nasisten (nationale Einheit) 3, (früher 0),
Liberale 3 (früher 3),
Arbeiterpartei 44 (früher 38).

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Konservative	56.600,
Nasisten	5.300,
Liberale	5.700,
Arbeiterpartei	70.900,
Kommunisten	900.

Da nun Oslo eine rote Mehrheit hat, sind alle drei skandinavischen Hauptstädte unter sozialdemokratischer Verwaltung. Kopenhagen, die Hauptstadt Dänemarks, hat eine sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit.

Klamotten-Hermann extemporiert in Belgrad

Das deutsche Nachrichtenbüro meldet aus Belgrad:

Der preußische Ministerpräsident Hermann Göring empfing am Mittwoch in der deutschen Gesandtschaft mehrere Belgrader Pressevertreter, denen er folgende Erklärung über die im deutschen Volk herrschende Meinung über den verstorbenen König Alexander I. abgab:

„Der Reichskanzler und Führer des deutschen Volkes Adolf Hitler wurde von dem tragischen Tode Alexanders I., der Jugoslawien seines Königs beraubte, tief berührt. Aus Ehrfurcht und Achtung... hat sich der Führer und Reichskanzler entschlossen, zur Beerdigung Alexanders I. auch mich, seinen nächsten Mitarbeiter, zu entsenden... Mit meiner Entsendung wollte Reichskanzler Hitler dokumentieren, wie sehr er in der Person Ihres großen Königs seinen früheren tapferen Gegner und späteren Freund, sowie auch den allerhöchsten Garant für den Frieden und das Gleichgewicht Europas schätzte. König Alexander I. war reiner der westlichen Herrscher, die es verstanden hatten, mit einem Schlag allem Parteihader ein Ende zu bereiten und das faule demokratische System zu entfernen.“

Als Chef der deutschen Polizei kann ich Ihnen versichern, daß die deutschen Behörden, für den Fall, daß auch nur ein Attentäter auf deutsches Gebiet fliehen sollte, alle Maßnahmen ergreifen werden, um dieses gemeine nichtwürdige Verbrechen, welches Ihnen den König und weisen Staatsmann raubte, zu enträufeln. Außerdem seien Sie versichert, daß das heutige Deutschland in seinen Grenzen niemals eine süd-slawische Organisation dulden wird die an der Beherrschung Ihres autonomen Systems arbeitet...“

Das Interview Görings scheint vor allem den Zweck verfolgt zu haben, wieder einmal seine Person in den Vordergrund zu rücken und der Welt zu sagen, daß er — und nicht Goebbels, Himmler, Goebbels oder sonstwer — Hitlers nächster Mitarbeiter sei. Die Ausfälle auf die „faule Demokratie“ sind im Zusammenhang mit dem Tode des Königs, der eben die Freundschaft mit dem demokratischen Frankreich neu befestigen wollte, ebenso geschmackvoll wie der deutliche Hinweis nach dem Land, das gegen Jugoslawien arbeite. Er hat in der Erregung wohl vergessen, daß er seine ungarischen Freunde mit dieser Bemerkung am schwersten trifft!

Marschall Petain spricht mit Goering

Bei dem Begräbnis erweckte nach einer Neuermeldung Aufmerksamkeit, daß der französische Marschall Petain nach Beendigung der Berechnungen vor dem Mausoleum am Splendoe mit General Goering eine lebhaft Unterredung hatte.

Neue Spuren in dem Mordkomplott

Die Rädelsführer gestellt?

Pavelić und Kvaternik in Turin verhaftet — War Malny direkt beteiligt? — Ein weiterer Komplize gesucht

Einer Savas-Meldung zufolge wurden die beiden von der französischen Polizei für die Anführer des Attentats gehaltenen Kroaten Dr. Ante Pavelić und Eugen Kvaternik Donnerstag in Turin verhaftet. Die italienische Polizei nahm die Verhaftungen über Ersuchen der französischen Gerichte vor. Beide Verhafteten leugnen jeden Zusammenhang mit dem Attentat.

Nach einer anderen Savas-Meldung sucht man jetzt einen zweiten Bevollmächtigten Pavelićs, einen Arbeiter namens Ferrer, den die internationale Polizei unter dem Namen Mio Bilic kennt. Er soll den Verschwörern die gefälschten Pässe übergeben haben (als vielleicht identisch mit dem angeblichen Szabo sein?). Er gilt als gefährlicher Terrorist.

Malny-Kralj wurde Donnerstag mit dem Hotelier konfrontiert, bei dem er in Aix-en-Provence wohnte. Malny-Kralj behauptet, daß er am Tage des Attentats um 16.30 Uhr ins Hotel zurückgekehrt sei, der Hotelier sagt aus, Malny sei erst um 18.30 Uhr heimgekommen. In diesem Fall würde der Verdacht bestehen, daß er an dem Attentat selbst beteiligt war.

Jugoslawische Anfrage Pavelić war in Marseille

Budapest. (Sch. B.-B.) In politischen Kreisen wird bekannt, daß die Budapester jugoslawische Gesandtschaft in der üblichen diplomatischen Form gewisse Informationen im Zusammenhang mit dem Marseiller Attentat erbat, doch kann hierüber im Interesse der Unterirdung noch keine Mitteilung gemacht werden.

Pavelić war in Marseille

Wie Savas später meldet, stellte der Chef des Sicherheitsdienstes in Marseille auf Grund von Zeugenaussagen fest, daß sich Pavelić am 30. September in einem dortigen Hotel unter dem Namen „Fabeleacu“, Rangleivorwand der rumänischen Staatseisenbahn, wohnhaft in Putarech, einlogiert hatte.

Pavelić kam nach Marseille von Paris und reiste am anderen Tag mit unbekanntem Ziele in Begleitung einer etwa 40jährigen Frau ab.

Geheimnisvoller Selbstmord

Der Stabschef der Ustaša hat sich in Karlsbad erhängt!

Das „Bravo Lidu“ macht in einem Eigenbericht aus Karlsbad auf einen mysteriösen Selbstmord aufmerksam, der sich dort in der Nacht vom 27. auf den 28. September, also fast zur selben Stunde, als die Marseiller Attentäter mit ungarischen Pässen ihre Fahrt antraten, ereignet hat.

Im September hatte sich in einem Karlsbader Kurheim, das einer Wiener Krankenkasse gehört, der pensionierte österreichische Oberleutnant Stevo Puić einquartiert. In der Nacht zum 28. September beging er Selbstmord durch Erhängen am Fenstergeländer. Seine Leiche wurde nach Graz überführt und dort beerdigt. Es weit erscheint der Fall ganz unverdächtig, wenn man davon absteht, daß ausgerechnet die strengkatholische Erbkaiserin Rita zur Beerdigung des Selbstmörders nach Graz einen Kranz senden ließ.

Nun ist von Puić aber bereits von früher her bekannt, daß er bei der Organisierung der kroatischen Terroristen die Hand im Spiele hatte und gemeinsam mit dem in den letzten Tagen oft genannten General Sertovic und dem Kommandanten des Emigrantenzugers in Jankovc Puzsta, Percevic, zu den intellektuellen Führern der Terroristenorganisation „Mlada“ gehörte, aus

deren Reihen die Attentäter von Marseille hervorgingen. Puić war der Stabschef der Ustaša; er hat von Graz aus vor einigen Jahren namentlich die Attentate organisiert, bei denen Säckenmaschinen auf österreichischem Boden in jugoslawische Eisenbahnwagen einmoniert und so gestellt wurden, daß sie erst auf jugoslawischem Boden explodierten. Puić wurde auch im Zusammenhang mit dem Waffenschmuggel nach Desterreich und Ungarn genannt, namentlich in Verbindung mit der bekannten Hirtenberger Affäre. Er war überdies auch ein intimer Freund des Obersten Adam, des gegenwärtigen Chefchefs der österreichischen Regierung.

Wie der Gewährmann des „Bravo Lidu“ mitteilt, hat Puić am Tage vor seinem Selbstmord eine geheime Briefsendung erhalten, die ihm nicht durch die Post zugestellt wurde, sondern die er vermutlich selbst an einem noch zu ermittelnden Ort behoben hat und die offenbar mit dem Selbstmord in ursächlichem Zusammenhang steht. Vor seinem Tode verbrannte er verschiedene Papiere.

In seinem Nachlaß wurde eine größere Menge von Münzen gefunden, die unter dem Namen „Kuna“ als Zahlungsmittel der Ustaša-Organisation einmündet.

Kampf um die Todesurteile

Präsident Zamora verläßt Ministerrat

Madrid. Der Ministerrat tagte am Donnerstag sechs Stunden und ging erst am Abend zu Ende. Er befaßte sich mit der Prüfung jedes einzelnen der Todesurteile, die von den Kriegsgerichten gefällt wurden.

Der Präsident der Republik erstattete im Ministerrat ein ausführliches juristisches Referat und entfernte sich sodann, indem er es dem Kabinett überließ, in seiner Abwesenheit weiterzubearbeiten.

Der Ministerrat beschloß, alle Todesurteile dem Obersten Gerichtshof zu übergeben.

Das spanische Amtsblatt verleiht dem die neue Regierungsbekret, durch welches in ganz

Spanien die Todesstrafe für die Zeit eines Jahres wieder eingeführt wird. Der Belagerungszustand hat noch immer für das ganze Staatsgebiet Geltung. Die Militärgerichte werden auch die verhafteten Abgeordneten, darunter den bekannten Sozialistenführer Largo Caballero, aburteilen.

Staatsbesuch Gömbös' in Warschau

Warschau. Der ungarische Ministerpräsident Gömbös trifft am Freitag zu einem dreitägigen Besuche Polens ein. Er wird in der Grenzstation Rabygdowice von dem ungarischen Gesandten in Warschau und einem Vertreter des polnischen Außenministeriums begrüßt werden. Die feierliche Begrüßung Gömbös erfolgt auf dem Warschauer Bahnhof um 23 Uhr. Gleichzeitig mit dem Ministerpräsidenten Gömbös treffen in Polen elf Vertreter der größten ungarischen Tagesblätter ein.

Krisenwinter

Die kalte Witterung, von der wir in den letzten Tagen überfallen wurden, ruft uns ins Bewußtsein, daß der Winter vor der Tür steht und damit eine Zeit, die in einer Krise der Wirtschaft, wie sie noch immer in einem großen Teil Europas und auch bei uns wütet, für einen großen Teil der Bevölkerung böse Leiden und größte Entbehrungen mit sich bringt. Die letzten Arbeitslosenziffern, die uns mitgeteilt wurden, sind bereits ein Vorbote der saisonmäßigen im Herbst und Winter ansteigenden Beschäftigungslosigkeit. Seit dem Heber des heurigen Jahres, da uns eine Anzahl von rund 844.000 nicht untergebrachten Stellenverbergen gemeldet wurde, sind die Arbeitslosenziffern bis Juli auf rund 569.000 gesunken und von da an wieder im August auf rund 572.000 und im September auf etwa 573.000 gestiegen. Nach der Statistik der Zentralsozialversicherungsanstalt konnte man sogar ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit schon im Juli feststellen, da die Anzahl der Beschäftigten von 2.030.000 im Juni auf 2.012.000 im Juli zurückgegangen ist. Obwohl es wahrscheinlich ist, daß die Arbeitslosenziffern im Winter 1934/35 nicht die gleiche Höhe erreichen werden wie in dem bisher ärgsten Krisenwinter von 1932/33 (da die Zahl der Arbeitslosen den Höchststand von 920.000 erreichte) so hat doch angesichts der jahrelang dauernden Arbeitslosigkeit die Verarmung unter den Menschen, die drei oder vier Jahre keine ordentliche Beschäftigung gefunden haben und höchstens auf Gelegenheitsarbeiten angewiesen sind, einen hohen Grad erreicht.

Wir finden diese Feststellung insbesondere deswegen machen, weil in den von Deutschen bewohnten Gebieten dieses Landes die Arbeitslosigkeit einen besonders großen Umfang angenommen hat. Während von 1000 Einwohnern im ganzen Staat Ende September 38,9 arbeitslos waren, entfallen auf jene Gebiete, deren Einwohner zu mehr als 50 Prozent aus Deutschen bestehen, auf 1000 Einwohner 75,95, in den tschechischen Gebieten dagegen 29,28 Arbeitslose. Diese trockenen Ziffern zeigen uns die furchtbare Wahrheit, daß die Arbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten dreimal so groß ist als in den tschechischen. Von den 16 Bezirken, in denen auf 1000 Einwohner mehr als 100 Arbeitslose entfallen, haben 15 eine deutsche Mehrheit und nur ein einziger eine tschechische. Dieser tschechische Bezirk ist Starfenbach, wo auf 1000 Einwohner 102,7 Arbeitslose entfallen. Die deutschen Bezirke sind: Böhm. Leipa 103,1, Braunau 107,8, Mährisch-Schönberg 109,6, Neudorf 110,3, Jägerndorf 111,1, Römerstadt 113,1, Schludena 114,3, Přebuz 120,9, Elbogen 123,3, Freudenthal 124,9, Karlsbad 125,5, Sternberg 148,7, Rumburg 150,6, Friedland 154,8 und Graßlitz 231,2. Wer diese Ziffern zu lesen versteht, wird erschüttert sein ob des Elends in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakischen Republik.

Die Not dieser Menschen zu lindern ist die erste und vornehmste Aufgabe aller staatlichen Faktoren ebenso wie aller politischen Faktoren im deutschen Volk. Nicht Aufzüge in den deutsch-böhmischen Städten nach den Methoden von Hitler und Goebbels, sondern Hilfe für die Menschen, die am schwersten von der Krise betroffen sind, tut not. Diese Hilfe den Menschen zu bringen, bestreben sich mit dem Aufgebot aller ihrer Kräfte die Vertreter der Sozialdemokratie in der Regierung und alle unsere Vertrauensmänner in allen Funktionen, die sie bekleiden. Auch die kommende Budgetdebatte im Abgeordnetenhause und im Senat wird die Sozialdemokratie dazu benötigen, um das Elend der deutschen Arbeiter aufzuzeigen und alle Maßnahmen zu treffen, um diese Not zu lindern.

Das Leichenbegängnis in Belgrad

Im Ritternacht auf Donnerstag wurde der Leichnam des Königs im Beisein der höchsten Staats- und Hofwürdenträger aus dem Schloß in die Kathedrale überführt; die Straßen waren trotz der späten Stunde von Menschen überfüllt.

Um acht Uhr früh begannen die eigentlichen Beisetzungsfeierlichkeiten. Bereits in den ersten Morgenstunden hatten die Truppen, die Schulsinder und eine vieltausendköpfige Volksmenge die Stroßenzüge von der Kathedrale bis zum Hauptbahnhof, durch die sich der Kondukt bewegen sollte, umfüllt. Nach 7 Uhr begann die Auffahrt der offiziellen Persönlichkeiten und der ausländischen Delegationen zur Kirche. Um acht Uhr traf der französische Präsident Lebrun und kurz nachher der junge König Peter II. in Begleitung des Königs Carol von Rumänien, der Königin-Witwe und der übrigen Mitglieder der Familie und des Hofes ein.

Bei dem anschließenden Trauerhochamt hielt der Patriarch Varnava vor dem Sarge des Königs die Trauerrede. Dann wurde der Sarg auf eine Geschüßlafette gehoben, während die jugoslawischen, die französischen, die tschechoslowakischen und rumänischen Truppenabteilungen die Ehrenbezeugung leisteten. Gleichzeitig umkreisten mehr als 100 Militärflugzeuge, darunter auch die Maschinen der befreundeten Staaten, die Kirche.

Hierauf setzte sich unter dem Geläute sämtlicher Belgrader Kirchenglocken der Trauerkondukt in Bewegung. Hinter dem Sarge schritt König Peter II. mit der Königin-Witwe Maria, den übrigen Mitgliedern der königlichen Familie, dem Präsidenten der Republik Frankreich Lebrun sowie den Mitgliedern der ausländischen Sonderdelegationen, weiters die Mitglieder der Regierung, des Senates und der Stupschima, die Vertreter der jugoslawischen Städte u. Ortsgemeinden, der Städte Paris, Prag und Marseille, die jugoslawischen Staatswürdenträger, die Delegationen der einzelnen jugoslawischen Kreise, schließlich die ehemaligen Minister und Vanuse, die nationalen und kulturellen Vereine und die aktiven und Reserve-Offiziere.

Um 10.30 Uhr langte der Trauerzug am Wilsonplatz vor dem Hauptbahnhof an. Vor dem Sarg defilierten sodann die jugoslawischen Truppen der Landarmee und der Kriegsmarine sowie die Abordnungen der französischen, der englischen, der rumänischen der tschechoslowakischen, der türkischen und der griechischen Armeen und die Wäpfer des Ordens vom Karageorg-Stern. Während der Defilierung warteten die über dem Wilsonplatz freilebenden Militärflieger Blumen ab.

Dann wurde der Sarg in den Hofzug übertragen, welcher sich um 11 Uhr 30 langsam nach Vladenovac in Bewegung setzte. Auf dem ganzen Wege hatte die Bauernbevölkerung, Männer, Frauen und Kinder, sich in großer Zahl eingefunden, um dem toten König die letzte Ehre zu erweisen. In Vladenovac wurde der Sarg auf einen Autoleichenwagen übertragen, worauf die Fahrt nach Topola, der Gruft der Familie Karageorgević, fortgesetzt wurde. Ein Teil der Kränze wurde auf 22 Kamions vorangeführt.

Um 14.30 Uhr langte das Leichenauto vor der Gruftkirche St. Georg am Berge Opicena ein. Der Sarg wurde von 20 Frontkämpfern gehoben und durch ein Spalier kniender Geistlicher über die hohen Stiegen in die Kirche getragen, wo die neuerliche Einsamnung erfolgte. Unter Vorantritt des Patriarchen, gefolgt von König Peter II. und der königlichen Familie, wurde der Sarg in die Krypta der Kirche getragen und neben der Gruft der Mutter des Königs Alexander, der Fürstin Jorja von Montenegro, beigesetzt. In diesem Augenblick wurden in Topola, Belgrad und in allen Hauptorten der Banate Geschüßlafetten abgefeuert, während eine Fliegereskadrille über der Gruft in Topola kreifte.

15.000 Kränze

Auf den Sarg des Königs Alexander wurden insgesamt 15.000 Kränze, darunter 150 silberne Kränze, niedergelegt.

Zweieinhalbstündige Konferenz

zwischen Präsidenten Lebrun und Uzunović

Der Präsident der französischen Republik Lebrun empfing vor seiner Abreise den jugoslawischen Ministerpräsidenten Uzunović in Sonderaudienz, die zweieinhalb Stunden dauerte. Auf dem Bahnhof hatten sich zur Verabschiedung der Regenschloßrat, die gesamte Regierung, die Minister Titulescu und Dr. Venec und zahlreiche andere Persönlichkeiten eingefunden.

Rückreise der tschechoslowakischen Delegation

Die tschechoslowakische Delegation mit Ministerpräsidenten Malypetr an der Spitze hat Donnerstag um 23 Uhr 15 Belgrad verlassen, um über Ugram u. Lina nach der Tschechoslowakei zurückzukehren. Sie wird in Prag Samstag früh eintreffen.

Minister Dr. Venec ist noch in Belgrad geblieben, wo Freitag eine Sitzung des Ständigen Rates der Kleinen Entente stattfinden soll.



Das „Programm“ von Leipa: „Immer loyal — wie mein grosses Vorbild...“

Neue Heimstättenaktion für die arbeitslose Jugend

Genossen und Genossinnen, helft alle mit!

Die Arbeitslager-Bewegung hat zwar in den letzten Monaten einen größeren Umfang angenommen — vor allem haben einzelne Städte dazu beigetragen —, aber die Hilfe für die arbeitslose Jugend läßt im allgemeinen viel zu wünschen übrig. Auch die vom Fürsorgeministerium angeordnete Verückstättigung von je 15 Prozent Jugendlichen bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten aus den Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge ist in Anbetracht der Tatsache unzureichend, daß mit dem Einsetzen der schlechten Jahreszeit die öffentlichen Arbeiten überhaupt eingeschränkt werden.

So muß denn der Wiederbeginn der schon in den vergangenen Jahren bestens bewährten Heimstättenaktion vor allem von der arbeitslosen Jugend auf das freudigste begrüßt werden.

Nach den Anordnungen des Ministeriums für soziale Fürsorge wird die Heimstättenaktion diesmal in einem größeren Umfang durchgeführt als im Vorjahr; sie wird mehr Orte umfassen und längere Zeit dauern. Ihr Beginn ist mit dem 1. November festgesetzt, die Vorarbeiten sind in vollem Gange. Mit der Organisation sind die Bezirkskommission für Kinderbeschäftigung und Jugendfürsorge betraut. Sie werden von den Jugendverbänden, den Gewerkschaften und den Gemeinden unterstützt.

Ueber die Möglichkeiten, die für die Heimstättenaktion gegeben sind, schreibt das „Pravo Lidu“, das Organ unserer tschechischen Genossen u. a.:

„Heute im Winter werden eine Reihe neuer Heimstätten für die Jugend errichtet werden. In Gemeinden, in denen mindestens 80 arbeitslose Jugendliche im Alter von 17 bis 20 Jahren, in außerordentlichen Fällen bis zu 24 Jahren sind, kann eine Heimstätte für arbeitslose Jugendliche errichtet werden, und zwar so,

daß aus Gemeindemitteln die kostenlose Beistellung der Räume, der Heizung und des Lichtes gewährt wird und das Ministerium für soziale Fürsorge deckt dann aus seinen Mitteln die Verpflegung der Jüglinge und die Kosten der Verwallung.“

Was jetzt ist über die Errichtung von fünfzehn Heimstätten in den deutschen Gebieten Böhmens entschieden, u. zu: Wilin, Tetšchen, Duz, Teplic, Schönau, Komotau, Gablonz, Raaben, Grasslitz, Reichenberg, Falkenau, Schönlinde, Trautenau, Auffig, Karlsbad, Warnsdorf.

Für Mähren ist die Errichtung folgender Heimstätten geplant: Neu-Tišchein, Römerstadt, Sternberg, Mähr.-Schönberg, Mährisch-Trübau.

Die Zahl und Einteilung der schlesischen Heimstätten sind noch nicht bekannt.

Von der arbeitenden Jugend werden eine Reihe weiterer Heimstätten gefordert. So vor allem für die ärgsten Notstandsgebiete: Saida, Steinschönau, Lannwald, Friedland, Tschau, Grüz, Graunau, Arnau, Neudel, Eger, Freudental.

Es wird nun die Aufgabe unserer Genossen in den Gemeinden und den Bezirkskommissionen für Kinderbeschäftigung und Jugendfürsorge sein, die Errichtung der Heimstätten überall, wo es nur halbwegs möglich ist, zu fordern und zu fördern. Auch die Jugendlichen selbst müssen auf den Plan treten und sowohl ihre Ansprüche anmelden, als auch mitarbeiten. Die Heimstättenaktion bringt einigen tausend junger Arbeitsloser Hilfe. Da müssen sich alle Genossen rühren.

Wichtig ist es, auch der Errichtung von Heimstätten für Mädchen entsprechendes Augenmerk zuzuwenden.

„Der Millionenbetrug an der deutsch-völkischen Arbeiterschaft“

dies der Titel einer Broschüre, welche dieser Tage im Verlage des Verfassers, des ehemaligen Sekretärs der Nationalsozialisten in Mähr.-Schönberg, Alois Hartel, erschienen ist und der die Aufgabe zukommt, das Spiel mit den deutschvölkischen Arbeitern nach dem Zusammenbruch der Galenkreuzgewerkschaft aufzudecken. Es ist in dieser Broschüre nicht viel Neues enthalten, sondern nur die Bestätigung dessen, was die sozialdemokratische Presse nach der Gründung der neuen Gewerkschaft, an welcher nacheinander die in der Arbeiterbewegung sehr wohlbelannten Leute, wie der Landbändler Jannausch, der ehemalige Regimentsführer, dann Simon Stark und zwischen diesen der als „gerissener Geschäftsjude“ bezeichnete Herr Diche beteiligt waren. Hartel liefert den Nachweis, daß hier mit den Seelen armer hungernder Arbeiter und Arbeitsloser elender Schacher getrieben wurde, daß der eine den andern hereinzulügen versuchte und daß immer unter dem Schlagwort von der deutschen Treue, Schließlich aber macht der Verfasser der Broschüre all den Leuten, die an dieser Gewerkschaftsschieberei beteiligt waren, den Vorwurf des Millionenbetruges an armen Arbeitern und bezeichnet sie als geldhungrige, skrupellose Gesellen ärgster Art. Die Broschüre ist gewiß wert gelesen zu werden, wenn auch sehr wesentliche Fragen gar nicht berührt wurden, so vor allem die wichtigste: wie wurde der Gewerkschaftsverband deutscher Arbeiter in Kuffig, den in der Broschüre charakterisiert Hyanen überlassen? Was spielte sich innerhalb dieses Verbandes vor dessen Auflösung ab? Darüber wußte Herr Diche gewiß auch manches zu sagen; warum schweigt er dazu?

Wird Papen abberufen?

Paris. Die Agentur „Radio“ berichtet aus Berlin, gerüchtwiese verlautet, daß der neue reichsdeutsche Gesandte bei der österreichischen Regierung, Freiherr von Papen, demnächst abberufen werden wird. Er soll durch einen Berufsdiplomaten ersetzt werden.

In Berlin soll Unzufriedenheit mit Papen darüber herrschen, daß die Hoffnungen, die man in den neuen Gesandten in der Bundeshauptstadt gesetzt hatte, bisher keinerlei Verwirklichung gefunden haben.

Konflikt Militär—Polizei in Japan

Tokio. (Tsch. N. N.) Der Kaiser hat sich nach einem Vortrag des Ministerpräsidenten entschlossen, die Vorlage über die Reform der japanischen Verwaltung in Anwartsung zu unterzeichnen.

Es handelt sich um Maßnahmen, um die seit geraumer Zeit zwischen den verschiedenen Ministerien ein heftiger Kampf geführt wurde. Ueberwiegend war, daß auch die von der Reform betroffene Beamtenchaft dagegen Stellung genommen hat. Die Reform sieht vor, daß die Polizeibeamten in Anwartsung in Zukunft dem japanischen Kommandanten der Gendarmarie unterstellt werden. Die 5000 in Betracht kommenden Polizeibeamten haben gegen diese vom Kriegsministerium mit allem Nachdruck beschriebene Neuordnung mit der Begründung Stellung genommen, daß damit eine Militarisierung der Polizeibeamten verbunden sein werde. Wie die Zeitung „Kokumi“ aus Osting und Daien meldet, haben dort die gesamte Beamenschaft und die 5000 Angehörigen der Polizei erklärt, daß sie den Dienst niederlegen werden. Der parlamentarische Vizeminister im Ministerium für überseeische Angelegenheiten, Tanaka, und mehrere führende Beamte desselben Ministeriums sind demonstrativ um ihren Abschied eingekommen.

Wie die Agentur „Teinju“ aus Anwartsung meldet, soll das Militär bereit sein, in Port Arthur und in Daien, wo sich die Generale der Opposition befinden, sich energisch durchzugreifen und die Gegenbewegung im Keime zu erstickend. Diese Meldung weist in den Zeitungen weisse Läden auf, die anfangs von der Zensur herrühren. In der bereits erwähnten kaiserlichen Entscheidung sind die Abschiedsgesuche sämtlicher Beamten, soweit es sich nicht um parlamentarische Beamte handelt, abgelehnt worden. Wie die Regierung erklärt, hofft sie, die Angelegenheit in durchaus friedlicher Form regeln zu können.

Um die französische Verfassungsreform

Paris. Blätterberichten zufolge begeh Ministerpräsident Gaston Doumergue die Absicht, das Parlament zu ersuchen, sich sofort nach seiner Einberufung, die wahrscheinlich zum 6. November stattfinden wird, über die Tagesordnung der außerordentlichen Nationalversammlungsfession in Versailles auszusprechen, die die geplanten Verfassungsreformen nach der Eröffnung der Debatte über die Regierungsbefehle und den Staatsvoranschlag für das kommende Jahr durchzuführen soll.

Programm-Reform der Schweizer Sozialdemokratie

Dem im Januar 1935 zusammenzutretenden Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie soll ein erneuertes Parteiprogramm vorgelegt werden, in dem besonders die Stellung zur Demokratie und zur Wehrfrage geklärt werden soll. Die Demokratie wird im Programmentwurf als Kampfboden für den Sozialismus anerkannt und der illegale und konspirative Kampf als ungeeignet für eine Massenpartei abgelehnt. Zur Wehrfrage wird im Programmentwurf erklärt, daß zur Abwehr faschistischer Gewaltangriffe und zum Schutz der schweizerischen Neutralität die Mittel für eine Miliz bewilligt werden, solange sie von der antikapitalistischen Volksmehrheit getragen ist.

Die Regressvorlage wurde Donnerstag im Subkomitee des sozialpolitischen Ausschusses weiter verhandelt. Die Vorteile des Paragraph 6 sollen auch auf Familienhäuser ausgebeht werden, wo aus Terraingründen eine dritte Wohnung errichtet wurde. Dagegen sollen im Paragraph 7 jene Personen von den Vorteilen des Paragraph 6 ausgeschlossen werden, welche ein bestimmtes Einkommen erreichen. Der Paragraph 8 wird umfittiert, der Paragraph 9 wurde verändert angenommen.

Bermehrung der Arbeitsmöglichkeiten. Das Fürsorgeministerium schreibt zur Durchführung der Anregungen, die bei der kürzlichen Enquete über die Förderung der Baubewegung vorgebracht wurden. Zu diesem Zweck will das Fürsorgeministerium die Arbeitsmöglichkeiten auf dem Gebiet der öffentlichen Arbeiten, die von Gemeinden und Bezirken unternommen werden, feststellen. Es hat ein Rundschreiben an die Bezirksämter erlassen, um festzustellen, wie groß die Arbeitsmöglichkeiten in ihrem Bereich sind, und um die Gründe — vor allem finanzieller Natur — zu erheben, die eventuell die Verwirklichung von öffentlichen Arbeiten seitens dieser Selbstverwaltungskörper bisher verhindern

